

PRESSEINFORMATION

Rechtsprechung zum Kommunalrecht

Entscheidungssammlung zum Kommunalrecht in allen Bundesländern – orientiert an den Vorschriften der Gemeinde- und Kreisordnung, der Landschaftsverbandsordnung, des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit und des Kommunalwahlgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Von Prof. Dr. Albert von Mutius, o. Professor em. für Öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaften, und Felicitas von Mutius, Kreisoberrechtsrätin.

64. Ergänzungslieferung, Stand Januar 2015, 296 Seiten, 79,90 €.

Loseblattausgabe, Grundwerk 7.970 Seiten, Format DIN A 5, in sechs Ordnern,
169,00 EUR bei Fortsetzungsbezug (279,00 EUR bei Einzelbezug).

ISBN 978-3-7922-0013-1

Verlag W. Reckinger, Siegburg

Mit der vorliegenden 64. Ergänzungslieferung (Stand Januar 2015) zur Rechtsprechung zum Kommunalrecht werden zunächst die Literaturhinweise der Einführung aktualisiert und ergänzt. Ferner wird in erheblichem Umfang die mit der 62. Ergänzungslieferung begonnene Überarbeitung bzw. Kürzung älterer Entscheidungen fortgesetzt.

Inhaltlich betreffen die in dieser Ergänzungslieferung enthaltenen 38 neuen Gerichtsentscheidungen das kommunale Selbstverwaltungsrecht (u. a. öffentliche Wirtschaftsförderung, Finanz- und Steuerhoheit), die Pflichtaufgaben der Kommunen nach Weisung (Übertragung der Aufgaben des Brandschutzes/Konnexitätsprinzip/finanzieller Ausgleich), das kommunale Satzungsrecht (u. a. Grenzen der Rückwirkung von Beitragssatzungen), das Recht der kommunalen Einrichtungen (u. a. Überlassung einer Stadthalle an politische Parteien/Nachweis einer Haftpflichtversicherung des Veranstalters, Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen kommunaler Sparkassen, gemeindliche Feuerwehr/Kostenersatz für Feuerwehreinsatz), den Anschluss- und Benutzungszwang (u. a. Verpflichtung eines Anschlussnehmers zur Sanierung der Anschlussleitung, Befreiung vom Anschluss an die Regenwasserkanalisation wegen unverhältnismäßiger Kosten), Bürgerbegehren (Sicherung des Initiativrechts durch gerichtliche einstweilige Anordnung? Ausschlussfrist bei kassatorischem Bürgerbegehren), die Rechte und Pflichten der Ratsmitglieder (kommunales Vertretungsverbot/Eingriff in die Berufsfreiheit/Zitiergebot nach Landesverfassungsrecht), den Gemeinderat (Teilnahme ausschussfremder Ratsmitglieder an Sitzungen von Ausschüssen), das kommunales Haushaltsrecht (u. a. vorläufige Haushaltsführung/Übertragung eines höherwertigen Amtes) und die interkommunale Zusammenarbeit (u. a. Prüfpflicht der Aufsichtsbehörde bei Gründung eines Zweckverbands/u. U. Staatshaftung bei Pflichtverletzung).